

POSITIONSPAPIER

Rohstoffmangel und Lieferprobleme – Abhängigkeit von Lieferketten und Gegenmaßnahmen

Kernforderungen des Mittelstands

- Den Staat bei der Rohstoffsicherung stärker in die Pflicht nehmen
- Gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene
- Rohstoffabbau fördern
- Kritische Rohstoffe zurückgewinnen

Allgemeines

Angesichts der vierten industriellen Revolution hat sich das Industrieland Deutschland viele ambitionierte Ziele gesetzt. Zukunftsgerichtete Themen, wie nachhaltiges Wirtschaften und Klimaneutralität, Digitalisierung, Elektromobilität und Industrie 4.0 fordern die politisch Verantwortlichen, kreative Konzepte und Strategien zu entwickeln, um mit der neuen Realität Schritt halten zu können. Die zahlreichen Strategien und Agenden, wie die Agenda 2030, die Digitale Strategie 2025, der European Green Deal oder „Fit for 55“ zeigen Wege in diese herausfordernde Zukunft auf. Eine der Schlüsselmaßnahmen für die Gestaltung der Zukunft ist der Einsatz neuer Technologien, die den aktuellen Anforderungen der Menschheit entspricht.

Diese Zukunftstechnologien erfordern den Einsatz zahlreicher kritischer Rohstoffe: Seltene Erden sind Schlüsselrohstoffe für die Elektromobilität und erneuerbare Energietechnologien. Lithium, Kobalt und Nickel sind Kernbestandteile moderner Batteriespeicher, Gallium ist unabdingbar für die Produktion von Halbleitern. Die Produktion und Weiterverarbeitung dieser Rohstoffe ist vorwiegend in anderen Ländern, hauptsächlich in China, konzentriert. Deswegen ist Deutschland als Industriestandort bei der Rohstoffversorgung von wenigen Lieferländern bzw. multinationalen Großkonzernen oder chinesischen Marktführern abhängig. Aktuell gibt es kaum große deutsche Bergbauunternehmen, welche die heimische Wirtschaft mit den benötigten Rohstoffen beliefern könnten. Somit gerät die deutsche Wirtschaft im Allgemeinen und Unternehmen des produzierenden Gewerbes besonders unter Druck. Diese Abhängigkeit kann und darf nicht länger hingenommen werden. Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit dringend benötigten und nicht substituierbaren Rohstoffen sind unverzichtbar.

Die erste Rohstoffstrategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie aus dem Jahr 2010 und die zweite im Januar 2020 waren Versuche der Bundesregierung, die staatliche Rohstoffpolitik zu reformieren. Zwar setzen die beiden Papiere richtige Impulse und beinhalten sinnvolle Maßnahmen, dennoch fehlt es insgesamt an wirksamen Lösungsansätzen. Die Bundesregierung muss aus ihrer Rohstoffstrategie Schlüsse ziehen, indem sie praktikable und zukunftsgerichtete Ansätze entwickelt und wenn möglich gemeinsam europäisch vorgeht. Erweist sich ein Vorgehen auf EU-Ebene als nicht machbar, sind geeignete Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen.

Den Staat bei der Rohstoffsicherung stärker in die Pflicht nehmen

Bis jetzt gilt bei der Rohstoffversorgung eine klare Aufgabenteilung, die der privaten Wirtschaft die volle Verantwortung überlässt, während der Staat flankierende Unterstützungsmaßnahmen bereitstellt. Diese Grundhaltung ist in beiden Strategiepapieren fest verankert. Mit dieser Aufgabenteilung entspricht die Rohstoffstrategie den Bedürfnissen der deutschen Industrieunternehmen jedoch meist nicht.

Es braucht ein aktives staatliches Engagement auf den Rohstoffmärkten – sei es beim Einkauf oder bei der Bevorratung von industriell relevanten Rohstoffen. Es braucht eine umfassende politische Unterstützung der Rohstoffe fördernden bzw. verarbeitenden Unternehmen in rohstoffreichen Ländern (unter anderem dort, wo Deutschland seit Jahren eine aktive Entwicklungszusammenarbeit führt) – von der Exploration bis zum Abbau. Dementsprechend sollte die Rohstoffpolitik stärker mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gekoppelt werden.

Handels- und Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Eingriffe der Wettbewerber in die Rohstoffmärkte bereiten große Probleme für die deutsche Wirtschaft, unter anderem steigen massiv die Preise für dringend benötigte Rohstoffe, und es entstehen untragbare Handelsbeschränkungen. Ein „weiter so“ der deutschen Rohstoffpolitik erhöht die Abhängigkeit von internationalen Rohstofflieferketten und zementiert das Ungleichgewicht im Wettbewerb mit Marktkonkurrenten. Die Bundesregierung muss sich dringend aktiver für den Abbau von Handelsbeschränkungen auf Rohstoffe einsetzen, um einen stabilen Import der für die heimische Produktion benötigten Rohstoffe zu sichern.

Gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene

Rohstoffbeschaffung sollte eine europäische Gemeinschaftsaufgabe werden. Erstens liegt es in der Natur des Konstrukts der EU, dass die Ressourcen- und Rohstoffpolitik auf der europäischen Ebene bzw. supranational durch eine gemeinsame Strategie vorangetrieben werden muss. Zweitens ist bereits wegen der Größenverhältnisse eine europäische Vorgehensweise zielführender und realisierbarer, als ein deutscher Alleingang. Dementsprechend ist eine Kräftebündelung der EU-Staaten in Sachen Rohstoffsicherung unabdingbar. Die EU muss die strategischen Partnerschaften mit rohstoffreichen Regionen stärken. Dabei sollte der Fokus nicht nur darauf liegen, dass Europa seinen Rohstoffzugang sichern möchte, sondern dass sich aus Handelsabkommen positive Effekte für beide Seiten ergeben. Nur so können Deutschland und die EU, die über Jahre etablierte, nachteilhafte Situation an den Rohstoffmärkten bewältigen.

Rohstoffabbau fördern

Eine erfolgreiche Rohstoffsicherung gelingt nur, wenn zwei wichtige Säulen der Rohstoffgewinnung erfüllt sind: der verantwortungsvolle und nachhaltige heimische und ausländische Rohstoffabbau, sowie die Gewinnung der Sekundärrohstoffe durch Recycling.

Die erste Säule der Rohstoffgewinnung besteht aus zwei Komponenten: dem heimischen und dem ausländischen Rohstoffabbau. Beide sind gleichermaßen essenziell wichtig. Für den heimischen Abbau der Rohstoffe sollten geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, wo es keinen Platz für Bürokratie und langwierige Genehmigungsverfahren gibt. Außerdem benötigen die Bergbauunternehmen günstige finanzielle Kreditrahmen sowie staatliche Investitionen, um neue Abbaufelder zu erschließen und umweltschonende Methoden beim Rohstoffabbau anzuwenden.

In Deutschland gibt es viele für die Industrie 4.0 wichtige Rohstoffe nur sehr limitiert oder gar nicht. Meistens werden diese Rohstoffe in Ländern des globalen Südens, vor allem in Afrika, gefördert, wo der Rohstoffmarkt von asiatischen Großkonzernen besetzt ist und wo deutsche Unternehmen kaum repräsentiert sind. Die Passivität der deutschen Unternehmen im Auslandsbergbau und der dementsprechend sehr begrenzte Zugang zu Rohstoffen treibt die Preisspirale nach oben, was die deutsche Wirtschaft hart trifft. Diesem Trend muss durch eine kluge, gemeinsam mit der Bergbauindustrie und anderen beteiligten Akteuren entwickelte, Strategie, sowie eine großzügige staatliche Förderung entgegengewirkt werden.

Kritische Rohstoffe zurückgewinnen

Um die Versorgung der Industrie in Deutschland und Europa mit kritischen Rohstoffen zu sichern, braucht es Lösungen, wie diese wichtigen Komponenten effizient im Kreislauf geführt werden können. Mit dem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft beschreitet die EU bereits diesen Weg. Eine gut funktionierende Recyclingindustrie lohnt sich in zweierlei Hinsicht: Erstens verringert sich dadurch die Importabhängigkeit der deutschen Industrie und zweitens ist sie nachhaltig. Abfälle und deren kostenträchtige Beseitigung bzw. Endlagerung entfallen. Die Zahlen sprechen für sich: Beim Recycling einer gebrauchten Batterie mit den aktuell angewandten Verfahren kann man 70 und bei manchen Rohstoffen sogar 90 Prozent des Ursprungsmaterials zurückgewinnen.

Es gibt auch eine Kehrseite der Medaille: Recycling ist ein energieintensives und deswegen auch sehr kostenaufwändiges Verfahren. Bei vielen wichtigen Seltenen Erden liegt die Recyclingquote unter einem Prozent. Hier besteht ein enormer Nachholbedarf. Daher ist eine Optimierung des Recyclingprozesses notwendig und sinnvoll. Gezielte Anreize des Staates für Forschung und Entwicklung sowie für eine Recyclingwirtschaft sind notwendig, um eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft zu gestalten. Die Kreislaufwirtschaft hat ein enormes Potenzial für die Rohstoffsicherung unseres Landes, wenn sie durch staatliche Förderung unterstützt wird.

Ansprechpartner

Reinhold von Ungern-Sternberg
Geschäftsbereichsleiter Internationale Märkte
Tel.: +49 30 533206-132
E-Mail: reinhold.ungern@bvmw.de

Der BVMW vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz die Interessen von über 900.000 Mitgliedern. Mit 340 regionalen Geschäftsstellen und Repräsentanzen in 65 Ländern organisiert er mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.